

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 06. Oktober 2011

Antrags-Nr. 11-F-08-0016

**Mahnwache der JN (Junge Nationaldemokraten) am 28. Mai 2011
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 07.06.2011 -**

Vorbemerkung:

Nach fast genau einem Jahr hat die Jugendorganisation der NPD am Samstag, den 28. Mai 2011, wie angekündigt, der hessischen Landeshauptstadt einen neuerlichen Besuch abgestattet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Der Magistrat möge berichten:

Wann wurde die Mahnwache der JN angemeldet und von wem?

Welche Redner wurden benannt?

Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 25. September 2008 (keinerlei Toleranz gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten) und 25. März 2010 (Ausschöpfung aller juristischen Mittel) umzusetzen?

Warum wurden die Fraktionen und betroffenen Ortsbeiräte nicht wie verabredet über die Anmeldung der JN informiert.

Wieso wurde die Bushaltestelle am Bahnhof nicht so verlegt, dass nichtsahnende Bürger_innen nicht mitten in der Nazi-Mahnwache hätten aussteigen müssen?

Hält es der Magistrat für vertretbar, dass es unbeteiligte Bürger_innen seitens der Polizei verwehrt wurde, das Bahngelände zu betreten und den Zugverkehr zu nutzen?

Hält es der Magistrat im Nachhinein für klug die Mahnwachenteilnehmer (und eine -teilnehmerin) über den Bahnhof Mainz-Kastel an- und abzutransportieren, wo zur gleichen Zeit der Abreise der Start einer anderen Demonstration (Anti-AKW-Demo) in unmittelbarer Nähe stattfand.

II. Die Stadtverordnetenversammlung rügt den Magistrat, dass ihr Votum wiederholt missachtet wurde und fordert den Magistrat eindringlich auf zukünftig endlich entsprechend zu handeln.

Beschluss Nr. 0451

Der Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 07.06.2011 betr.

Mahnwache der JN (Junge Nationaldemokraten) vom 28. Mai 2011

Seite 2 des Beschlusses 0451 vom 06. Oktober 2011

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2011

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2011

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister